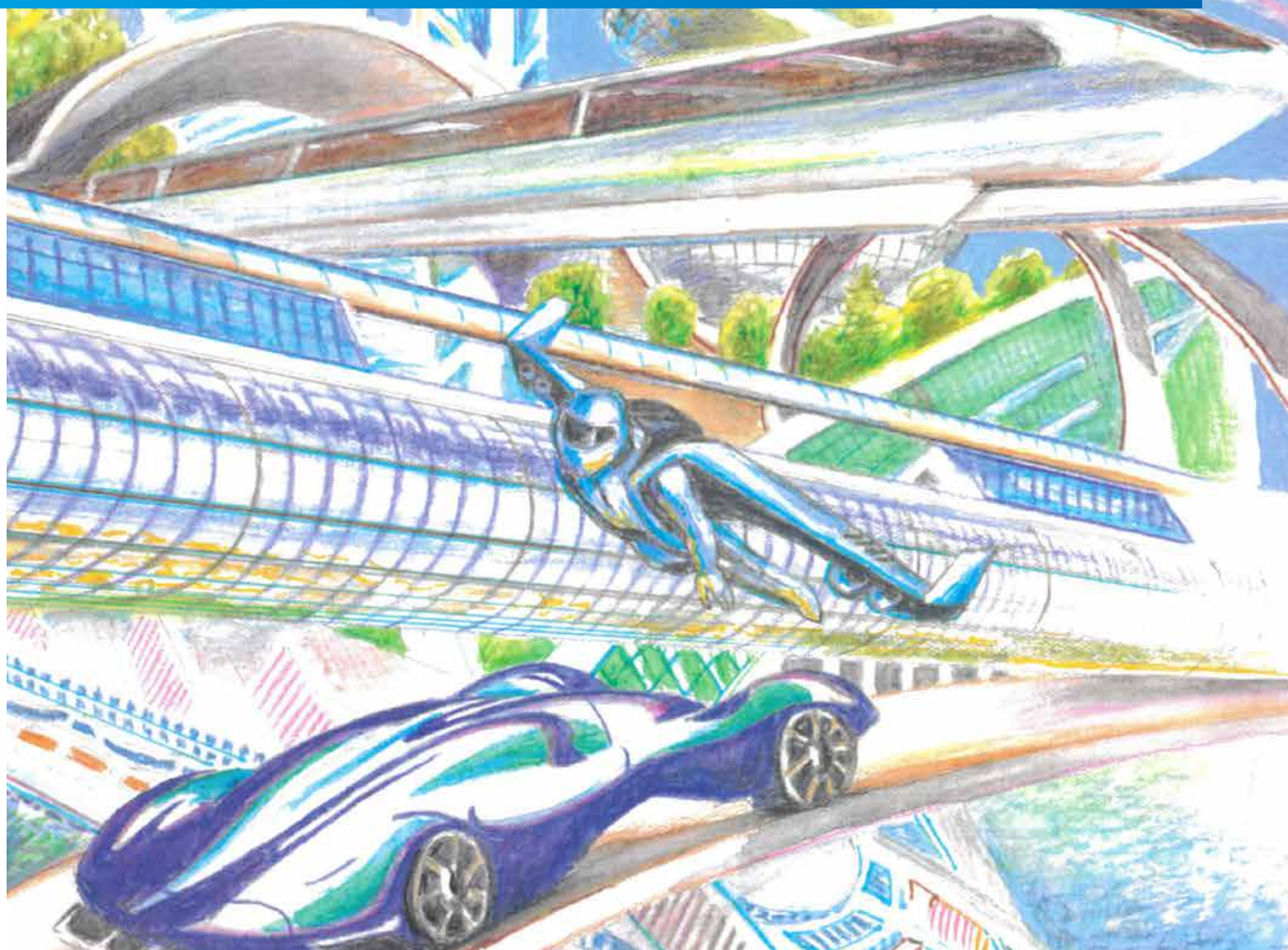


Weiter Horizont

Strategie für Deutschlands
sichere und nachhaltige
Energieversorgung



FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

INHALT

Vorwort	2
Deutschland kann es besser	3
Energie, Wohlstand und Naturschutz: Alles hängt zusammen	5
Wie hängen Energie und Naturschutz zusammen?	7
Wie viel darf Energie kosten?	9
Darum müssen wir das Netz stabil halten	11
Mangelwirtschaft begrenzt sich selbst	12
Wirtschaftlichkeit und Umweltauswirkungen, Technik- Entwicklungspotenzial sowie physikalische Grenzen	13
Energiewende: Fiktion und Fakten	15
Woher soll unser Strom kommen?	19
Wie sieht unsere Energie der Zukunft aus?	23

Vorwort

Seit ihrem Einzug in den Bundestag kämpft die AfD-Fraktion für eine vernunftorientierte Wirtschafts- und Energiepolitik. Im Gegensatz zu allen anderen Fraktionen, die dem Dogma der Energiewende mit sogenannten erneuerbaren Energien folgen, setzt sich die AfD-Fraktion für Grundlastkraftwerke mit fossilen Energieträgern und für Kernreaktoren der Generationen III+ und IV ein. Wollen alle anderen Fraktionen batteriebetriebene Elektroautos mit aller Macht und unter Hinnahme der Zerstörung einer unserer Schlüsselindustrien in den Markt drücken, befürwortet die AfD-Fraktion den Einsatz synthetischer Kraftstoffe, die vorzugsweise mit den hohen Prozesstemperaturen von Kernreaktoren der Generation IV hergestellt werden.

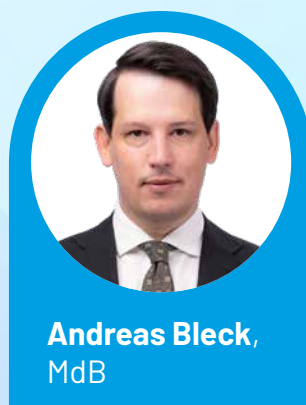
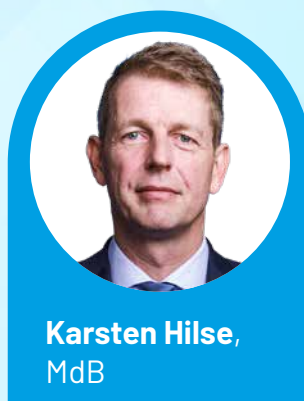
Alle anderen Fraktionen ignorieren, dass der Rest der Welt in der Kernenergie dank der neuen Reaktortechnologien eine sichere und zukunftsfähige Energiequelle sieht. In den Arbeitskreisen Umwelt, Wirtschaft und Forschung der AfD-Bundestagsfraktion wurden mehrere Anträge erarbeitet und ins Plenum des Bundestages eingebracht, die die Bundesregierung auffordern, endlich die ideologischen Scheuklappen abzulegen. Mit der Erforschung, Förderung und Verwendung neuer innovativer und hocheffizienter Technologien zur Strom- und Treibstoffproduktion, die zudem nur ein Tausendstel der Fläche verbrauchen, die für die Produktion sogenannter erneuerbarer Energien benötigt werden, würde Deutschland wieder zu seiner wirtschaftlichen Stärke zurückkehren und die Umwelt durch naturschonende Energiepolitik wirklich geschützt.

Ihr

Karsten Hilse

Karsten Hilse, MdB

Umweltpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion



Arbeitskreis Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (19.WP)

Deutschland kann es besser!

Nach zwei Jahrzehnten „Energiewende“ steckt unsere Energieversorgung in einer tiefen Krise: Ein immer höherer Anteil von instabilem Wind- und Solarstrom an der Menge des zur Verfügung stehenden Stroms gefährdet unser Stromnetz. Schon heute müssen wir industrielle Großverbraucher regelmäßig vom Verbrauch abschneiden, um einen Blackout zu verhindern. Die Kosten für den Steuerzahler sind enorm: Allein die EEG-Förderung, die die sogenannten erneuerbaren Energien finanziert, stieg 2020 auf ein neues Rekordhoch von 33 Milliarden Euro. Indirekte Kosten durch die Schwächung unserer Wirtschafts- und Wettbewerbskraft sind kaum bezifferbar, während immer größere Windindustrie- und großflächige Solaranlagen unsere Landschaften zerstören. Anwohner und Naturschutzverbände wehren sich zunehmend entschieden dagegen. Von Politik und Medien werden diese Widerstände weitgehend ignoriert oder diffamiert.

Dabei fällt die Bilanz der sogenannten erneuerbaren Energien (Energie lässt sich nicht „erneuern“, nur umwandeln) ernüchternd aus: Trotz des forcierten Ausbaus trugen Wind und Sonne 2020 magere acht Prozent zu unserem Gesamtenergieverbrauch bei. Obwohl kaum noch eine Gegend in Deutschland von energieindustrieller Ausbeutung unberührt ist, sind unsere Emissionen nur wenig gesunken: Pro Kopf liegen sie immer noch deutlich über dem EU-Durchschnitt. Das liegt auch daran, dass wir fast die gesamte Leistung der instabilen, sogenannten erneuerbaren Energie durch fossile Kraftwerke absichern müssen. Nur so können wir die Versorgung aufrechterhalten, wenn Sonne und Wind nicht zur Verfügung stehen.

Die Schäden an der Natur und die Belastungen der Anwohner werden üblicherweise mit den noch größeren Risiken des Klimawandels gerechtfertigt. Allerdings gibt es nach wie vor keinen abschließenden wissenschaftlichen Beweis dafür, dass die menschengemachten CO₂-Emissionen das Klima maßgeblich beeinflussen. Selbst wenn dies zutreffen sollte, wird ignoriert, dass es sehr wohl Technologien gibt, die beides können: Die Natur bewahren und Emissionen senken. Der Schlüssel dazu liegt im Kriterium der Effizienz. Eine Energieproduktion, die anstelle von extensiven Umgebungsenergien möglichst flächen- und ressourcensparende Methoden nutzt, würde nicht nur die Natur schützen, sondern gleichzeitig unseren Wohlstand vermehren. Denn je effizienter Energie bereitgestellt wird, desto weniger kostet sie. Preiswerte Energie lässt die Wirtschaft wachsen und günstige wirtschaftliche Bedingungen fördern wiederum Innovationen, die den Wohlstand steigern und den Naturschutz stärken.

Unsere beste Energiequelle: Kernkraft

Zu den effizientesten Methoden der Energieerzeugung gehört die Kernkraft. Sie ist die konzentrierteste Energieform, die Menschen je für sich erschlossen haben. Sie kann auf kleinstem Raum sehr viel Energie bereitstellen und ist bei einer Gesamtbetrachtung von Bau, Betrieb, Rückbau und Entsorgung sogar emissionsärmer als Windkraft. Wissenschaftlich und faktenbasiert betrachtet, zählt Kernkraft nicht nur zu den saubersten, sondern auch zu den sichersten Energiequellen überhaupt. Deshalb muss sie die Grundlage für einen nachhaltigen und bezahlbaren Energiemix sein. Und der Müll? Richtig ist, dass die fälschlicherweise als „Atommüll“ bezeichneten hoch radioaktiven Reststoffe wertvolle Kernbrennstoffe für moderne

Kernkraftwerke sind. Noch nie ist jemand durch diese hoch radioaktiven Reststoffe zu Schaden gekommen. Zudem kann man sie einfach und sicher lagern, wie es in Finnland gerade geschieht. Besser als die Lagerung der hoch radioaktiven Reststoffe ist es, sie zu recyceln. Schon heute nutzen moderne Kernreaktoren, beispielsweise in Russland, diese als Kernbrennstoff. In naher Zukunft werden moderne Kernreaktoren den Wertstoffkreislauf fast vollständig schließen. Auch ein deutsches Unternehmen hat dazu ein vielversprechendes Konzept vorgelegt. Ein Bruchteil der derzeit jährlichen EEG-Umlage könnte dieser Technologie innerhalb weniger Jahre zum Durchbruch verhelfen.

Menschen und Industrien hier und anderswo werden zukünftig wachsende Mengen an Strom und Kraftstoffen benötigen. Die Art, wie wir diesen beständig steigenden Bedarf decken, formt unsere Landschaften und unsere Gesellschaft. Wie würde sich Deutschland verändern, wenn unsere Energie- und Umweltpolitik wieder durch Vernunft geleitetet würde? Mit diesem Strategiepapier wollen wir zeigen, dass Deutschland eine Wahl hat und dass es eine sehr wirksame Alternative zum eingeschlagenen Pfad der Energiewende gibt.

Nachfolgend skizzieren wir die Herausforderungen und Chancen der nächsten Jahrzehnte und wie wir ihnen konstruktiv begegnen wollen. Das erste Kapitel erklärt, wie unsere Energiegewinnung die Natur und unseren Wohlstand beeinflusst. Das zweite Kapitel geht auf die größten Irrtümer der Energiewende ein, im dritten Kapitel erörtern wir die Chancen aktueller und zukünftiger Kernkraft. Das vierte Kapitel schließlich skizziert unsere Agenda für eine zuverlässige, saubere und kostengünstige Energieversorgung in Deutschland, die die Voraussetzung dafür ist, dass die deutsche Wirtschaft zu ihrer ehemaligen Stärke zurückfindet.

Auf folgenden parlamentarischen Initiativen der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag basiert dieses Strategiepapier: „Wohlstand und Natur dauerhaft bewahren und ausbauen – Kostengünstige Energie als Grundpfeiler für fortwährendes Wachstum und nachhaltigen Umweltschutz“, Bundestagsdrucksache 19/22449; „Statt Klimaschutz Wohlstand und Umweltschutz ermöglichen – Engagement für den Green Deal der Europäischen Union und für damit verbundene Kampagnen beenden“, Bundestagsdrucksache 19/22458 und „Einfach frei leben – Staatssozialismus verhindern, Demokratie und Wohlstand retten“, Bundestagsdrucksache 19/29696.



Energie, Wohlstand und Naturschutz: Alles hängt zusammen

Was hat Energie mit Wohlstand zu tun?

Alle industriell entwickelten Länder durchliefen in den letzten zwei Jahrhunderten die gleiche Entwicklung: Die körperliche Arbeit nahm ab, während die materielle Sicherheit und der Wohlstand stiegen. Parallel dazu wuchs in diesen Ländern der Energieverbrauch stark an.

Der westliche Lebensstandard erfordert große Energiemengen – sei es für Industrie, Mobilität, Internet oder Gerätemedizin. Neben der Menge spielen auch die konstante Bereitstellung und der Preis eine große Rolle: Die reichsten Länder der Erde mit dem höchsten Energieverbrauch verfügen ausnahmslos über eine stabile, flächendeckende und preisgünstige Stromversorgung. Diese Länder sind es auch, die den Horizont des Möglichen durch neue Technologien permanent erweitern. In den ärmsten Ländern mit dem nied-



rigsten Verbrauch dagegen finden wir Energieknappheit, wenig ausgebaute Netze und Preise, die Strom für den überwiegenden Teil der Bevölkerung zu einem Luxus machen. Nicht nur politisch-gesellschaftliche Defizite bremsen den Fortschritt, sondern auch die Energieknappheit hemmt dort fortwährend Innovationen und technische Weiterentwicklung.

Diese Zusammenhänge sind vielen Deutschen heute unbekannt. Manche scheinen zu vergessen, dass unser heutiger Wohlstand entscheidend auf unserer sehr guten Energieversorgung beruht, die vor vielen Jahrzehnten mühsam aufgebaut wurde. Der Nachkriegsgeneration war bewusst, dass zuverlässige und günstige Energie der Schlüssel zu einem stabilen Wirtschaftswachstum ist. Nur so werden Wohlstand und ein gutes Leben möglich, nur so können wir wettbewerbsfähig bleiben und unsere Produkte und Dienstleistungen immer komplexer und leistungsfähiger machen.

Energie muss deshalb konstant zur Verfügung stehen und darf niemals teurer oder knapp werden. Kraftwerke mit hohen Leistungsdichten, hohem Automatisierungsgrad sowie geringem Flächen- und Materialverbrauch können das leisten. Den Kohle- und Kernkraftwerken, die wir heute abschalten, verdanken wir unseren heutigen Lebensstandard. Die sogenannten erneuerbaren

Energien dagegen haben nach zwei Jahrzehnten des forcierten Ausbaus nur gezeigt, dass sie unsere Energieversorgung teurer, aufwendiger und instabiler machen; sie sind nicht in der Lage, ein Industrieland wie Deutschland sicher mit Strom zu versorgen.

Aus beiden vorstehend angesprochenen Kriterien – Wohlstand und Verletzbarkeit komplexer Gesellschaften – folgt, dass ein Staat sich überwiegend selbst aus hocheffizienten Energiequellen versorgen muss. Genau dies fordert die AfD-Bundestagsfraktion für unser Land ein; siehe hierzu die Anträge „Echten Umweltschutz betreiben – Aufgabe aller Klimaschutz- und Energiewendeziele, für eine faktenbasierte Klima- und Energiepolitik“, Bundestagsdrucksache 19/14069 und „Für den schnellen und echten Ausstieg aus der Pariser Klimaübereinkunft vom Dezember 2015“, Bundestagsdrucksache 19/22450.



Wie hängen Energie und Naturschutz zusammen?

Unsere hoch entwickelte Wirtschaft und unser moderner Lebensstil basieren also auf preiswerter und zuverlässig verfügbarer Energie. Gleichzeitig verpflichtet uns das Grundgesetz dazu, die Natur zu bewahren. Das ist miteinander vereinbar – wenn wir Lösungen fördern und weiterentwickeln, die beides ermöglichen.

Die Umgebungsenergien Wind, Photovoltaik und Biomasse gehören nicht zu diesen Lösungen, denn sie sind zu schwach, um uns mit einem vertretbaren Aufwand sicher zu versorgen. Zwar bieten sie auf den ersten Blick vermeintliche Vorteile, darunter die empfundene Natürlichkeit, die einfache Technik und die freie Verfügbarkeit der Ressourcen. Doch diese Energieformen begrenzen unsere ökologischen, technologischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten sehr stark: Sie verbrauchen gewaltige Flächen, Hunderttausende Vögel und Fledermäuse sowie Billionen Insekten fallen ihnen zum Opfer. Gleichzeitig steigt der Verbrauch an Materialien, darunter auch strategische Rohstoffe wie seltene Erden, immens an. Um überhaupt Energie aus diesen Quellen zu ernten, ist ein sehr hoher Aufwand notwendig, was zwangsläufig die Strompreise erhöht. Durch den teuren Strom wird wiederum die energieintensive, aber naturfreundliche Kreislaufwirtschaft (Recycling) unnötig verteuert und erschwert.

Ein Blick in unsere Vergangenheit zeigt, wie sehr die Natur profitiert, sobald Energie auf effizientere Weise gewonnen wird. Das ist nur möglich, indem man von weniger dichten auf dichtere Energieformen umsteigt. Vor der Industrialisierung dominierten neben Muskelkraft ausschließlich



schwache Umgebungsenergien, insbesondere die Holzverbrennung, die Energieversorgung. Überschritt die Bevölkerung eine bestimmte Größe, folgte ein Raubbau an der Natur bis hin zur kompletten Abholzung der Wälder.

Erst als der dichtere Energieträger Kohle entdeckt wurde, mussten die europäischen Wälder nicht länger als Brennstoffvorrat dienen und konnten sich regenerieren. Zugleich löste das die industrielle Revolution aus: Die Kohleverbrennung stellte plötzlich viel mehr Energie bereit als sämtliche vorher genutzten Quellen zusammen. In der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts etablierten sich unsere heutigen modernen Kraftwerke,

die einen weiteren Effizienzsprung ermöglichten. Damit gelang es, die Luft- und Wasserqualität stetig auf das heutige hohe Niveau anzuheben. Auch die Kernenergie hat daran einen großen Anteil.

Seit zwei Jahrzehnten bewegt sich Deutschland jedoch nicht mehr hin zu dichteren Energiequellen und effizienteren Formen der Energieerzeugung, sondern im Gegenteil weg davon. Die zunehmende Nutzung schwacher Umgebungsenergien zeigt erneut die Auswirkungen ihrer vor der Industrialisierung genutzten Verwandten. Durch den extremen Flächenverbrauch und Monokulturen gehen immer mehr Natur- und Lebensräume für Mensch und Tier verloren.



Die Frage, die sich aus unserem grundgesetzlichen Auftrag des Naturschutzes ergibt, lautet: Wie können wir Energie so bereitstellen, dass sie möglichst wenig in die Natur eingreift? Eine Verbesserung des Status quo kann nur von einer Energiequelle kommen, die dichter ist als Kohle, Erdgas und Erdöl. Tatsächlich ist die Energiedichte der nuklearen Brennstoffe Uran und Thorium drei Millionen Mal höher als jene der Kohle. Daher gibt es für die Nutzung fossiler Energien nur einen einzigen sinnvollen Ersatz: die Kernenergie. Sie steht trotz ihrer schon heute überlegenen Effizienz noch am Anfang ihrer Entwicklung. Daher sollte sie die tragende Säule unserer Energieversorgung werden.

Umweltrelevante Aspekte behandeln wir in unseren Anträgen „Gesundheitsbeeinträchtigende Schallemissionen umfassend messen – Alle Umweltbelastungen durch Windindustrieanlagen ernst nehmen“, Bundestagsdrucksache 19/2021; „Naturschutzfachliche Bewertung des Einflusses von Windenergieanlagen auf den Insektenchwund“, Bundestagsdrucksache 19/22455 und „Wasserkraftanlagen naturschutzverträglich ausgestalten – Lebensräume für den Lachs erhalten“, Drucksache 19/26897

Wie viel darf Energie kosten?

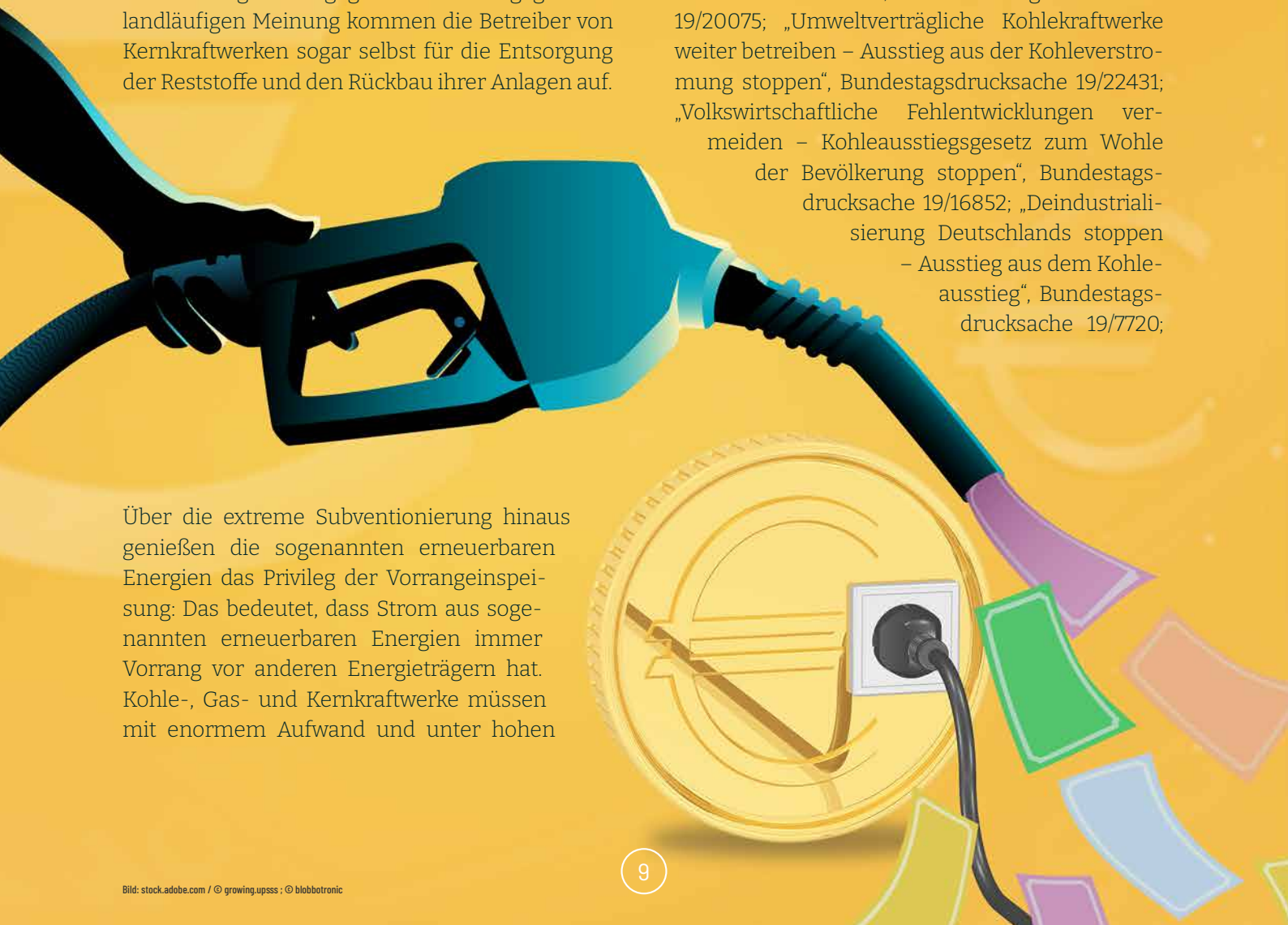
Seit der Verabschiedung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) sind die Subventionen für Wind, Photovoltaik und Biomasse stark angewachsen. Sie liegen heute, betrachtet je Kilowattstunde, mit 6 bis 15 Cent um ein Vielfaches höher als die für jede andere Energiequelle jemals zuvor. Die Deutschen zahlen mittlerweile den höchsten Strompreis in Europa. Das liegt an der EEG-Förderung, die seit ihrer Einführung 250 Milliarden Euro verschlungen hat. Weitere 250 Milliarden sind gesetzlich zugesichert.

Die Kernenergie dagegen, der regelmäßig hohe Subventionen unterstellt werden, hat diese in Wahrheit nie erhalten. Eine aktuelle Studie beziffert die realen Subventionen für die Kernkraft über die Jahrzehnte hinweg auf unter 0,1 Cent pro Kilowattstunde – also sechzig- bis hundertfünzigmal weniger als heute für die sogenannten erneuerbaren Energien ausgegeben wird. Entgegen der landläufigen Meinung kommen die Betreiber von Kernkraftwerken sogar selbst für die Entsorgung der Reststoffe und den Rückbau ihrer Anlagen auf.

Kosten über einen sehr großen Leistungsbereich geregelt werden, um die schwankende Produktion aufzufangen. Die Bevorzugung der sogenannten erneuerbaren Energien setzt sich fort: Die Eigentümer von Windindustrie- und Solaranlagen erhalten einen garantierten Preis auf ihre gesamte Stromproduktion, selbst für die Überschüsse, die nicht ins Netz gespeist werden. So erreichte die „EE“-Förderung im Corona-Jahr 2020 die neue Rekordmarke von 33 Milliarden Euro, obwohl der Stromverbrauch eingebrochen war.

Die Abschaffung der Subventionierung und Vorrang einspeisung für Bioenergie, Windenergie und Photovoltaik sowie der Weiterbetrieb regelbarer Kraftwerke wurde von der AfD-Bundestagsfraktion mit den folgenden Anträgen wiederholt eingefordert: „Wirtschaft entlasten – Treibhausgas-Emissionshandel gerade in der COVID-19-Wirtschaftskrise abschaffen“, Bundestagsdrucksache 19/20075; „Umweltverträgliche Kohlekraftwerke weiter betreiben – Ausstieg aus der Kohleverstromung stoppen“, Bundestagsdrucksache 19/22431; „Volkswirtschaftliche Fehlentwicklungen vermeiden – Kohleausstiegsgesetz zum Wohle der Bevölkerung stoppen“, Bundestagsdrucksache 19/16852; „Deindustrialisierung Deutschlands stoppen – Ausstieg aus dem Kohleausstieg“, Bundestagsdrucksache 19/7720;

Über die extreme Subventionierung hinaus genießen die sogenannten erneuerbaren Energien das Privileg der Vorrang einspeisung: Das bedeutet, dass Strom aus sogenannten erneuerbaren Energien immer Vorrang vor anderen Energieträgern hat. Kohle-, Gas- und Kernkraftwerke müssen mit enormem Aufwand und unter hohen



„Strompreise effektiv senken – Energieversorgung wieder auf marktwirtschaftliche Basis stellen“, Bundestagsdrucksache 19/23953; „Modernste Kernenergie für Deutschland – Sicher, sauber und bezahlbar“, Bundestagsdrucksache 19/22434; „Umweltschutz ernst nehmen – Das Erneuerbare-Energien-Gesetz abschaffen“ Bundestagsdrucksache 19/10626; „Stromkunden entlasten – Erneuerbare-Energien-Gesetz gerade in der COVID-19-Wirtschaftskrise abschaffen“, Bundestagsdrucksache 19/22451; „Keine Nachfolgeförderung für alte Anlagen nach dem Er-

neuerbare-Energien-Gesetz“, Bundestagsdrucksache 19/22427; „Mensch und Umwelt schützen – Entprivilegierung von Windenergieanlagen“, Bundestagsdrucksache 19/22448; „Strompreisdiskriminierung und Wettbewerbsverzerrungen verhindern – Handwerk und regionale Unternehmen stärken“, Bundestagsdrucksache 19/16854. Zusätzlich legen wir den „Gesetzentwurf zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes – Abschaffung des EEG für Anlagen, die ab 1. Januar 2021 in Betrieb genommen werden“, Bundestagsdrucksache 19/23714, vor.

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

Wirtschaft entlasten – Bundestagsdrucksache 19/20075



HIER SCANNEN

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

Umweltschutz ernst nehmen – Bundestagsdrucksache 19/10626



HIER SCANNEN

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

Umweltverträgliche Kohlekraftwerke weiter betreiben – Bundestagsdrucksache 19/22431



HIER SCANNEN

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

Stromkunden entlasten – Bundestagsdrucksache 19/22451



HIER SCANNEN

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

Volkswirtschaftliche Fehlentwicklungen vermeiden – Bundestagsdrucksache 19/16852



HIER SCANNEN

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

Keine Nachfolgeförderung für alte Anlagen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz – Bundestagsdrucksache 19/22427



HIER SCANNEN

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

Deindustrialisierung Deutschlands stoppen – Bundestagsdrucksache 19/7720



HIER SCANNEN

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

Mensch und Umwelt schützen – Bundestagsdrucksache 19/22448



HIER SCANNEN

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

Strompreise effektiv senken – Bundestagsdrucksache 19/23953



HIER SCANNEN

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

Strompreisdiskriminierung und Wettbewerbsverzerrungen verhindern – Bundestagsdrucksache 19/16854



HIER SCANNEN

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

Modernste Kernenergie für Deutschland – Bundestagsdrucksache 19/22434



HIER SCANNEN

Gesetzentwurf der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

Gesetzentwurf zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes – Bundestagsdrucksache 19/23714



HIER SCANNEN

Darum müssen wir das Netz stabil halten

Weil die schwankende Produktion der sogenannten erneuerbaren Energien permanent ausgeglichen werden muss, haben sich die Netzkosten seit der Jahrtausendwende drastisch erhöht. Gleichzeitig wird es immer schwieriger, das Netz stabil zu halten und Stromausfälle zu verhindern. In den letzten Jahren ist die Zahl der ungeplanten Netzeingriffe, die als Notmaßnahme zu werten sind, alarmierend angestiegen. Was früher eine seltene Ausnahme war, muss heute mehrmals täglich geschehen.

Eine ununterbrochene Energieversorgung ist in westlichen Ländern eine der wichtigsten Voraussetzungen einer intakten Gesellschaftsordnung. Ein Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (Bundestagsdrucksache 17/5672) dokumentiert, welche katastrophalen Folgen ein großflächiger, lang andauernder Stromausfall hätte: „Die Folgenanalysen haben gezeigt, dass bereits nach wenigen Tagen im betroffenen Gebiet die flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit (lebens-)notwendigen Gütern und Dienstleistungen nicht mehr sicherzustellen ist. Die öffentliche Sicherheit ist gefährdet, der grundgesetzlich verankerten Schutzpflicht für Leib und Leben seiner Bürger kann der Staat nicht mehr gerecht werden. Damit verlöre er auch eine seiner wichtigsten Ressourcen – das Vertrauen seiner Bürger.“

Deshalb sind insbesondere Industrieländer üblicherweise bestrebt, diese Versorgung unter allen Umständen sicherzustellen. Der deutsche Innenminister forderte dagegen 2016 die Bürger dazu auf, Wasser- und Lebensmittelvorräte für einen längeren Stromausfall vorzuhalten.

Die AfD-Bundestagsfraktion widmet sich unter anderem im Antrag „Aussetzung des Ausstiegs aus der Kohleverstromung bis alternative Energien grundlastfähig sind und jederzeit bedarfsgerecht eingespeist werden können“, Bundestagsdrucksache 19/9963, diesem Thema.



Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung:

Bundestagsdrucksache 17/5672



HIER SCANNEN

Mangelwirtschaft begrenzt sich selbst

Wenn Deutschland trotz aller offensichtlichen Schwierigkeiten die volatilen Energien weiter ausbaut, droht früher oder später ein ernstzunehmender Stromausfall. Das wissen auch die Parteien, die diesen Ausbau vorantreiben. Um das Problem zu lösen, schlagen sie eine „angebotsorientierte Stromversorgung“ vor. Das aber heißt konkret: Verwaltung des Mangels auf Kosten der Verbraucher. Strom wäre dann billig, wenn zufällig der Wind weht oder die Sonne scheint. Zu anderen Zeiten wäre er teuer oder möglicherweise gar nicht verfügbar. Was für den Bürger nur ärgerlich wäre, ist für die Wirtschaft eine existenzielle Bedrohung: Das Abwandern der wertschöpfenden Industrie, Wohlstandsverluste sowie technischer Rückschritt wären die Folgen.

Die Beispiele industriell gering entwickelter Länder zeigen, dass die Stromerzeugung mit Wind, Photovoltaik und Biomasse immer mit konsequenter Mangelwirtschaft und hohen Strompreisen einhergeht. Mangelwirtschaft aber führt nicht zu Wohlstand, sondern begrenzt sich selbst. Das Gegenteil wird durch eine zuverlässige, steuerbare und hoch effiziente Energieerzeugung erreicht. Diese Art der Energieversorgung erweist sich regelmäßig als ein wichtiger Standortfaktor, mit den entsprechenden positiven Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum und die Innovationskraft.

Auf diese Zusammenhänge gehen wir insbesondere in unserem Antrag: „Wohlstand und Natur dauerhaft bewahren und ausbauen – Kostengünstige Energie als

Grundpfeiler für fortwährendes Wachstum und nachhaltigen Umweltschutz“, Bundestagsdrucksache 19/22449, ein.

Antrag der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag:

Wohlstand und Natur dauerhaft bewahren und ausbauen – Bundestagsdrucksache 19/22449



HIER SCANNEN



Bald Alltag in Deutschland?
Leere Regale in einem Supermarkt.

Wirtschaftlichkeit und Umweltauswirkungen,

Die folgende Übersicht stellt die verschiedenen Techniken zur Nutzbarmachung von Energie, insbesondere Strom, im Vergleich dar.

Typ	Entwicklungsstand	Flächenleistungsdichte	Flächenverbrauch (Strom, total)
 Wind	 sehr alt, ausgereizt	 $< 10 \text{ W/m}^2$	 einige 10.000 km ²
 Photovoltaik und Solarthermie	 alt, ausgereizt	 20 W/m^2	 $< 5.000 \text{ km}^2$
 Wasserkraft (topologieabhängig)	 alt, ausgereizt	 $10\text{-}1000 \text{ W/m}^2$	 $100 - 5000 \text{ km}^2$
 Bioenergie	 alt, fast ausgereizt	 $0,5 \text{ W/m}^2$	 Treibstoffe: bis 500.000 km ²
 Kohle, Erdgas und Erdöl gefeuerte Kraftwerke	 alt, fast ausgereizt;	 $>100 \text{ W/m}^2$ (inkl. Brennstoffförderung)	 $< 1.000 \text{ km}^2$ Gas besser als Kohle
 Kernenergie, heutige Technik	 ausgereizt; Endlagerproblem	 1.000 W/m^2 (inkl. Brennstoffabbau und Endlager)	 100 km^2
 Kernenergie, Hochtemperatur-Flüssigbrennstoff-Kernreaktor	 neu, hohe Effizienzsteigerungen, Endlagerproblem lösbar	 5.000 W/m^2 (inkl. Brennstoffabbau)	 20 km^2

Technik-Entwicklungspotenzial sowie physikalische Grenzen

Kosten (nachfragege- recht gemittelt)	Umwelteinfluss, Emissio- nen, Effizienz	Ressourcen	SynFuels
 30 Cent/KWh sehr volatil	beeinträchtigt Regionalklima Vogel- und Insektenschlag	 hoch	 wirtschaftlich nicht sinnvoll möglich
 mit Speicher: 40 Cent/KWh sehr volatil ohne Speicher 7-10	hoher Pufferungsaufwand bei PV, Solarthermie sehr ineffektiv wegen schwacher Insolation in Mittel- europa	 hoch	 wirtschaftlich nicht sinnvoll möglich
 3-15 Cent/KWh	je nach Stauseekapazität, maßgeb- licher Einfluss auf Süßwasserfauna (insbes. Wanderfischarten) in den be- troffenen Flüssen, wenn unzureichend Ausweichmöglichkeiten geschaffen	 mittel	 hoch
 12 Cent/KWh (Kosten bei Feldfrüchten, etwas weniger bei Abfall-/Pflanzenreste- verwertung)	Monokulturen reduzieren Artenviel- falt erheblich	 mittel	 hoch
 4 Cent/KWh Gas teurer als Kohle		 mittel, Gas besser als Kohle	 50% teurer als Mineralöl
 4 Cent/KWh	emissionsfrei keine Auswirkung auf Ökosysteme Wärmeabgabe	 mittel bis gering	 50% teurer als Mineralöl
 1 - 2 Cent/KWh	emissionsfrei keine Auswirkung auf Ökosysteme Wärmeabgabe	 gering	 wettbewerbsfähig

Energiewende: Fiktion und Fakten

Elektromobilität: Die beste Alternative?

Ein erklärtes Ziel der Energiewende ist es, CO₂-Emissionen zu vermeiden. Zu diesem Zweck soll der Verkehrssektor auf elektrische Antriebe umsteigen. Doch sind elektrische Antriebe wirklich umweltfreundlich?

Das Missverständnis beginnt mit der Annahme, dass Elektroautos Emissionen sparen könnten. Das können sie selbstverständlich nicht – nur die Energiequelle, die den Strom zur Betankung der Batterie liefert, kann mehr oder weniger naturfreundlich sein. Elektroautos können theoretisch emissionsarm durch Wind- und Solarstrom betrieben werden. Würde aber tatsächlich jedes heutige Auto durch ein Elektromodell ersetzt, würde unser Strombedarf stark in die Höhe schnellen. Daher würde es nicht genügen, den heutigen Stromsektor auf sogenannte erneuerbare Ener-

gien umzustellen. Es müssten etliche Terawattstunden zusätzlich bereitgestellt werden. Der Ausbau der sogenannten erneuerbaren Energien stagniert aber schon heute, weil sie zu viel Fläche verschlingen. Bürger und Naturschützer organisieren Widerstand. Die vollständige Versorgung des Verkehrssektors durch Wind- und Solarstrom ist damit illusorisch.

Auch praktische Gründe sprechen gegen Elektromobilität: Elektrochemische Speicher haben nur eine beschränkte Reichweite und sind schwierig zu „betanken“. Für eine flächendeckende Versorgung müsste das gesamte Strom- und Tankstellennetz umgestellt werden. Würden regelmäßig mehrere Autos an einer Tankstelle aufgeladen, bräuchte jede Tankstelle einen Starkstromanschluss im Megawattbereich. Würden dagegen mehrere zehner Millionen Elektroautos nachts aufgeladen, würde sich die



notwendige Ladeleistung in den Stromnetzen lokal verdoppeln bis vervierfachen. Für beide Szenarien ist unser Stromnetz nicht ausgelegt.

Betrachtet man das System Elektroantrieb aus einer erweiterten Perspektive, wird schnell klar, dass es die Natur stark belastet. Das kommt durch die aufwendigen Herstellungsprozesse: Um ein Elektroauto zu produzieren, ist ein Vielfaches der Energie nötig, die der Bau eines Autos mit Verbrennungsmotor erfordert. Dafür ist hauptsächlich die Batterie verantwortlich. Sie ist das aufwendigste und teuerste Teil, verschleißt aber auch am schnellsten. Die Herstellung verschlingt große Mengen an Rohstoffen (insbesondere Lithium), deren Förderung Umweltschäden, etwa beim Süßwasserhaushalt über große Landstriche in anderen Teilen unserer Erde verursachen.

Lohnt sich vor diesem Hintergrund die Elektromobilität wirklich? Studien zeigen, dass Elektroautos hinsichtlich der Emissionen erst nach etwa 70.000 bis 100.000 Kilometern besser abschneiden als Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor – bei fiktiven 100 Prozent Strom aus sogenannten erneuerbaren Energien. Das heißt: Ein Elektroauto nach dem aktuellen Stand der Technik ist erst dann „umweltfreundlicher“ als ein Fahrzeug mit

konventioneller Antriebstechnik, wenn es die genannte Strecke zurückgelegt hat. Aufgrund der tatsächlichen Nutzung, bedingt durch eher geringe jährliche Laufleistungen von Elektroautos, ist es jedoch wahrscheinlich, dass viele Elektroautos bereits nach 100.000 Kilometern verschrottet werden.

Mindestens so fragwürdig ist, dass durch die massive Förderung der Elektromobilität weitere emissionsarme Antriebsformen aus dem Blick geraten. Dazu gehören synthetische Kraftstoffe, die auch heutige Verbrennungsmotoren mit einer geringfügigen Umrüstung nutzen könnten. Gerade neue Kernkraft bietet vielversprechende Möglichkeiten, diese Kraftstoffe wirtschaftlich herzustellen. Die AfD-Bundestagsfraktion fordert, diese Alternativen stärker zu berücksichtigen und zu entwickeln.

Die AfD-Bundestagsfraktion hat das Thema Mobilität in ihren Anträgen „Synthetische Kraftstoffe als CO₂-frei einstufen – Weg für einen freien Kraftstoffmarkt öffnen“, Bundestagsdrucksache 19/29777 und „Keine Bevorzugung von E-Mobilität – Beschleunigung bei synthetischen Kraftstoffen und Biokraftstoffen“, Bundestagsdrucksache 19/30966, aufgegriffen.

Synthetische Kraftstoffe als CO₂-frei einstufen – Weg für einen freien Kraftstoffmarkt öffnen

Bundestagsdrucksache 19/29777; 19.05.2021
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/297/1929777.pdf>



HIER SCANNEN

Keine Bevorzugung von E-Mobilität – Beschleunigung bei synthetischen Kraftstoffen und Biokraftstoffen

Bundestagsdrucksache 19/30966; 22.06.2021
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/309/1930966.pdf>



HIER SCANNEN

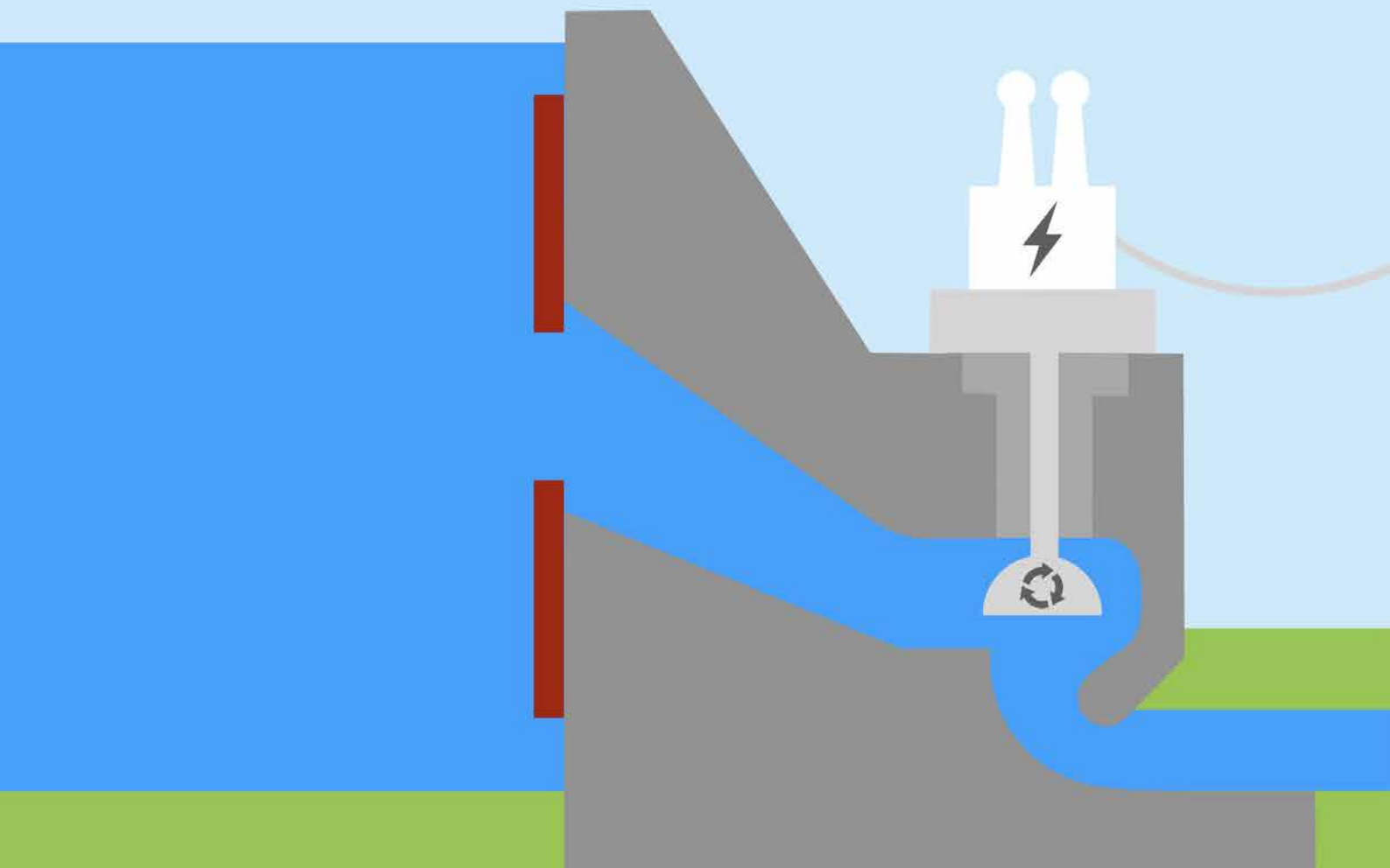
Stromspeicher: Noch mehr Fläche

Strom aus Solar- und Windkraft hängt von der Wetterlage ab und steht deshalb nicht immer zur Verfügung. Speichertechnologien könnten das Problem theoretisch lösen, aber bisher deutet wenig darauf hin, dass das noch mit vertretbarem Aufwand gelingt.

Die derzeit effektivste Methode sind Pumpspeicherkraftwerke: Wasser wird mit elektrischer Energie in ein höher gelegenes Speicherbecken gepumpt und bei Bedarf wieder abgelassen, wobei es auf dem Weg nach unten Turbinen antreibt, die elektrischen Strom erzeugen. Dabei gehen 20 Prozent der ursprünglichen Elektroenergie verloren, der Wirkungsgrad beträgt somit akzeptable 80 Prozent. Flächenverbrauch und Kosten sind jedoch enorm: Um die tatsächlich notwendige Speicherzeit von 14 Tagen zu überbrücken, käme man allein für die Versorgung Berlins auf eine Fläche von mehreren Quadratki-

lometern. Der ohnehin riesige Flächenbedarf der sogenannten erneuerbaren Energien vergrößerte sich so noch einmal drastisch, wodurch zwangsläufig ganze Landstriche zu riesigen Industriegebieten umgebaut und Lebensräume für Flora und Fauna zerstört würden. Die Strompreise würden durch die gigantischen Beckenkonstruktionen um mehrere 10 Cent pro Kilowattstunde steigen (aktuell: 31 Cent).

Alle anderen Speichertechnologien sind noch erheblich ineffektiver und aufwendiger. Die Politik beschweigt dies, indem sie weder Kosten noch Kapazität in irgendeiner Weise benennt. Ein Beispiel dafür ist „Windgas“: Hier soll Strom aus sowieso schon ineffizienten Windindustrieanlagen zur Elektrolyse von Wasserstoff verwendet werden, der bei Bedarf wieder verbrannt wird. Die Elektroenergie wird also erst in chemische Energie umgewandelt und als Wasserstoff gespeichert, wobei sich große Umwandlungsverluste ergeben. Da Wasserstoff nicht gut handhabbar ist,



wird vorgeschlagen, ihn in einem weiteren Schritt in Methangas umzuwandeln, das man dann in das Erdgasnetz einspeisen könnte. Der Wirkungsgrad fällt hier auf 20 bis 25 Prozent. Mindestens 75 Prozent der eingesetzten Energie geht verloren – es handelt sich um nichts anderes als Energievernichtung. Die einzige Möglichkeit, Wasserstoff effizient in industriellem Maßstab herzustellen, sind thermochemische Verfahren bei Temperaturen von mindestens 900° C. Hierfür wird preiswerte Hochtemperaturwärme benötigt; wenn diese CO₂-frei erzeugt werden soll, bleibt nur die Kernenergie, speziell Hochtemperatur-Kernreaktoren der nächsten Generation.

Antworten auf diese Fragen gibt die AfD-Bundestagsfraktion im Antrag „Erzeugung von

Wasserstoff – Wohlstand und Umweltschutz – Synthetische Betriebs- und Treibstoffe mit Nuklearenergie der Generation IV“, Bundestagsdrucksache 19/22446.

Auch weitere Speicherideen, etwa die Batterien von Elektroautos als Stromreserve zu nutzen, sind bestenfalls kurios. Abgesehen davon, dass dies schon aus rein praktischen Gründen scheitern wird, führt der Gedanke nicht einmal theoretisch weit: Die aktuelle weltweite jährliche Produktion von Lithium-Ionen-Akkus, wie sie auch in Autos verwendet werden, würde den Strombedarf der Welt für nur eine Stunde decken. Gesucht sind aber Lösungen, die Tage und Wochen überrücken – und die sind zu vertretbaren Bedingungen nicht vorhanden.

Erzeugung von Wasserstoff – Wohlstand und Umweltschutz – Synthetische Betriebs- und Treibstoffe mit Nuklearenergie der Generation IV

Bundestagsdrucksache 19/22446; 15.09.2020

<https://dserver.bundestag.de/btd/19/224/1922446.pdf>



HIER SCANNEN

Woher soll unser Strom kommen?

Kernkraft heute

Weltweit werden zurzeit über 50 neue Kernkraftwerke gebaut, vor allem in China und Indien, aber auch bei unseren direkten Nachbarn. Während Deutschland aussteigt, steigen immer mehr Länder erstmals in die Kernenergie ein – obwohl heutige Kernkraft in mancher Hinsicht nicht perfekt ist. Das liegt zum einen daran, dass diese Technik relativ jung ist. Hinzu kommt, dass in ihren Anfängen der militärische Nutzen immer mitgedacht wurde. Deshalb setzte sich mit dem Leichtwasserreaktor das Konzept durch, mit dem man gut Plutonium gewinnen konnte. Vorhandene Alternativen, die einen höheren zivilen Nutzen versprachen, blieben in Versuchsstadien stecken.

Trotz dieses Geburtsfehlers ist die Kernkraft heute die effizienteste Energiequelle von allen, gemessen am Erntefaktor: Diese Größe bezeichnet das Verhältnis der gewonnenen Energie zur Gesamtmenge der eingesetzten Energie, betrachtet über den gesamten Lebenszyklus – also für Bau, Betrieb, Sicherheit, Rückbau und Entsorgung einer Anlage. Schlüsselt man diese Posten akribisch auf und stellt sie in Relation zueinander, erreichen Kernkraftwerke einen Erntefaktor von 80 bis 100. Das heißt, sie „ernten“ während ihrer Laufzeit die achtzig- bis hundertfache Menge der eingesetzten Energie. Fossile Kraftwerke erreichen immerhin einen Erntefaktor um 30 – ausreichend, um eine Industrienation zu versorgen. Die sogenannten erneuerbaren Energien liegen bei vier bis acht; und bezieht man die energieintensive heutige Speicherung ein, sinkt ihr Erntefaktor auf 2 bis 4. Das ist wenig wirtschaftlich: Der

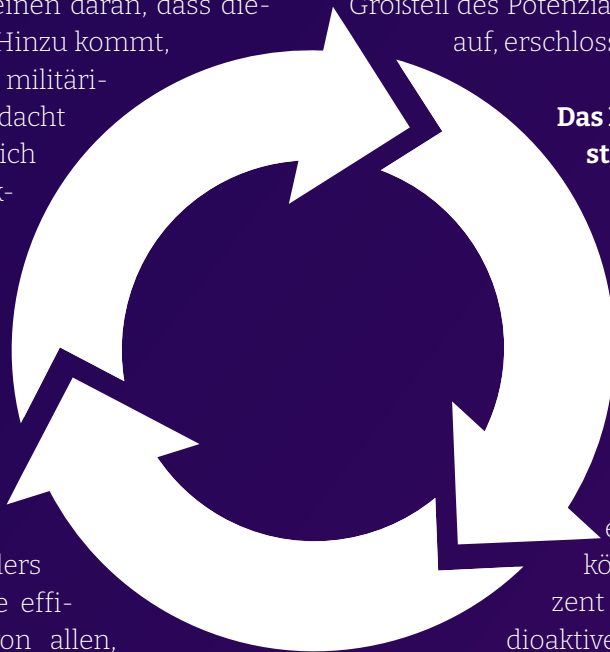
Aufwand ist gemessen am Ertrag viel zu hoch. Der Grund für den hohen Erntefaktor von Kernkraftwerken liegt in der hohen Energiedichte des Brennstoffs Uran: Eine Kernspaltung setzt Millionen Male mehr Energie frei als die Verbrennung eines Kohlenwasserstoffatoms. Das theoretische Limit der Kernkraft liegt daher etwa noch zehnmal höher als die heutige Technik es erlaubt. Der Großteil des Potenzials der Kernkraft wartet darauf, erschlossen zu werden.

Das Müllproblem: Recyceln statt Lagern

Dass heutige Leichtwasserreaktoren die technologisch und technisch möglichen Erntefaktoren nicht erreichen, liegt daran, dass sie den Brennstoff Uran aus physikalischen Gründen nur zu etwa einem Prozent nutzen können. Die übrigen 99 Prozent müssen teuer als hoch radioaktive Reststoffe entsorgt werden.

Die heute betriebenen Aufarbeitungsanlagen (z. B. La Hague) können zwar die abgebrannten Brennelemente auf eine Weise aufbereiten, dass sie in Leichtwasserreaktoren erneut genutzt werden können. Das ist aber so umständlich und teuer, dass eine echte Kreislaufwirtschaft nicht möglich wird.

Vielen Deutschen erscheint das Problem des sogenannten „Atommülls“ unüberwindbar. Die Menge hoch radioaktiver Reststoffe aus 60 Jahren Kernenergienutzung ist aber tatsächlich sehr gering. Sie sicher zu lagern, wirft keine unlösbaren Probleme auf. Eine andere Frage ist, ob man den „Müll“ wirklich vergraben sollte, denn die fraglichen Stoffe sind zum allergrößten Teil noch energetisch nutzbar und daher wertvoll.



Eine neue Generation von Schnellen Reaktoren, insbesondere Konzepte mit flüssigem Brennstoff, könnte in naher Zukunft einen Teil dieser Stoffe besser verwerten und zu Strom umwandeln. Auch die EU forscht daran. Daneben hat eine Gruppe vorwiegend deutscher Wissenschaftler ein Modell entwickelt, das über andere Flüssigbrennstoff-Modelle hinausweist: Ihr Gesamtkonzept sieht einen Schnellen Reaktor vor, der mit einer nuklearen Recyclinganlage kombiniert wird. Die Recyclinganlage soll nicht nur die eigenen, sondern auch bestehende Reststoffe so aufbereiten, dass der Reaktor sie nutzen kann. Die zurückbleibenden Spaltprodukte wären nach nur wenigen hundert Jahren auf ihr ungefährliches Niveau abgeklungen.

Die Methode unterscheidet sich grundlegend von der heutigen nuklearen Aufarbeitung. Das zugrundeliegende technische Verfahren heißt „Partitionierung und Transmutation“, oder kurz: P und T (P+T). Partitionierung bedeutet, die Reststoffe durch ein pyrochemisches Verfahren sauber zu trennen. So aufbereitet, können die langlebigen Stoffe in einem schnellen Reaktor in kurzlebige umgewandelt, also transmutiert werden. Dabei wird im Reaktorkern Wärme freigesetzt, die zur Stromerzeugung oder zur Herstellung von Wasserstoff oder anderen Treibstoffen genutzt werden kann. Letzteres wäre sogar konform mit dem Atomgesetz. Das Verfahren erhöht nicht die Gefahr der Verbreitung von Kernwaffen (Proliferation), sondern senkt sie eher.

Die Chance: gewinnbringende Nutzung

Für die Endlagerung hoch radioaktiver Reststoffe wurden bisher etwa 24 Milliarden Euro zurückgestellt. Würde dieses Geld teilweise in die Entwicklung eines Partitionierungsverfahrens umgeleitet, ließen sich die endzulagernden Reststoffe schon auf einen Bruchteil reduzieren. Eine komplette P+T-Strategie könnte nahezu die gesamten langlebigen hochradioaktiven Reststoffe in kurzlebige umwandeln und dabei Energie gewinnen. Auf diese Weise würde der vermeintliche „Müll“ sogar gewinnbringend recycelt – im Gegensatz zur Endlagerung, die ausschließlich Kosten verursacht und keinerlei Nutzen bringt.

Forschungen zu Partitionierung und Transmutation werden aber von der Bundesregierung nicht oder nur marginal unterstützt. Die paradoxe Begründung dafür lautet, es gebe zu wenig Forschung und Erfahrungswerte auf diesem Gebiet – ein Zirkelschluss, der einer Nation der Ingenieure und Entwickler unwürdig ist. Der eigentliche Grund dürfte darin liegen, dass das

Recycling über P+T von vielen als Wiedereinstieg



in die Kernkraft angesehen wird. Der durch den unbedingten Willen zum Ausstieg verengte Blick verhindert aber, dass die Kerntechnik sinnvoll weiterentwickelt wird und bestehende Probleme konstruktiv gelöst werden.

Wie sicher ist Kernkraft?

Neben dem Problem der hoch radioaktiven Reststoffe wird von Kernkraftgegnern häufig auf die Unfallgefahr verwiesen, die von der Kernkraft ausgeht. Betrachtet man diesen Aspekt wissenschaftlich, wird dagegen klar: Die Kernkraft ist eine der sichersten Energiequellen überhaupt, selbst einschließlich der nuklearen Unfälle. Der einzige Kraftwerksunfall in der Geschichte der zivilen Kernkraft, der Todesopfer gefordert hat, war Tschernobyl – bei einem Kraftwerkstyp, der im Westen nie genehmigt worden wäre. 30 Menschen starben als unmittelbare Folge des Unfalls, die meisten davon Feuerwehrleute, die den Kraftwerksbrand ohne angemessene Schutzausrüstung löschen mussten. Tragischerweise kam es auch zu Todesfällen durch Krebs, die größtenteils durch ein angemessenes Krisenmanagement, insbesondere durch sofortige Jodgaben und Verbot bestimmter Nahrungsmittel, hätten verhindert werden können. Spezialisierte Krebsforscher gehen heute davon aus, dass aufgrund des Reaktorunfalls insgesamt etwa 160 Menschen an Schilddrüsenkrebs gestorben sind oder noch sterben werden.

Doch was sind die Langzeitfolgen von Tschernobyl? Schauen wir auf die Sperrzone rund um die Kraftwerksruine: Sie ist heute ein einzigartiges Naturparadies, in dem viele bedrohte Tier- und Pflanzenarten gedeihen. Nur wenige Kilometer entfernt wohnen längst wieder Menschen, die sich über die Evakuierungen hinwegsetzten, um in ihren Heimatdörfern weiterzuleben. Neben der erwähnten gestiegenen Rate an Schilddrüsenkrebs sind heute, 35 Jahre später, keine gesundheitlichen Langzeitfolgen erkennbar. Weder kam es zu mehr Missbildungen bei Neugeborenen, noch ist die Anzahl an anderen Krebsarten Erkrankter angestiegen.

Was ist mit Fukushima? Entgegen der allgemeinen Wahrnehmung in Deutschland sind durch den Unfall von Fukushima keine strahlenbedingten Todesopfer zu beklagen. Krebsforscher gehen davon aus, dass es auch in Zukunft keine zusätzlichen Krebstoten geben wird, denn die Strahlendosis, der die Bevölkerung ausgesetzt war, war dafür zu gering. Ein multinationales Forschungsprojekt kam zu dem Ergebnis, dass die allermeisten Evakuierten durch die Evakuierung selbst eine höhere Gesundheitsbeeinträchtigung erlitten als durch die Strahlendosis, der sie in ihren Heimatdörfern ausgesetzt gewesen wären. Nach einer vorübergehenden Abschaltung seiner Kernkraftwerke, während der die Sicherheit der Anlagen neu bewertet und Nachrüstungen vorgenommen wurden, ist Japan heute wieder zur Kernkraft zurückgekehrt.

Die vorgenannten Feststellungen und Forderungen der AfD-Bundestagsfraktion sind in den folgenden Anträgen formuliert:

Atommüll-Endlager vermeiden – Hochradioaktive Reststoffe verwerten

Bundestagsdrucksache 19/17127; 12.02.2020
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/171/1917127.pdf>



HIER SCANNEN

Kernkraft für Umweltschutz

Bundestagsdrucksache 19/22435; 15.09.2020
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/224/1922435.pdf>



HIER SCANNEN

Fukushima und Tschernobyl sachlich betrachten – Der Atomausstieg war ein Fehler und muss rückgängig gemacht werden

Bundestagsdrucksache 19/23955; 03.11.2020
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/239/1923955.pdf>



HIER SCANNEN

Modernste Kernenergie für Deutschland – Sicher, sauber und bezahlbar

Bundestagsdrucksache 19/22434; 15.09.2020
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/224/1922434.pdf>



HIER SCANNEN

Wie sieht unsere **Energie** der Zukunft aus?

Das nächste Jahrzehnt: „Blackout“ verhindern, stabile Energiequellen retten

Unsere Energieversorgung und das Stromnetz wurden in den letzten beiden Jahrzehnten heruntergewirtschaftet. Heute sind sie in einem so schlechten Zustand, dass viele Experten einen Kollaps befürchten. Wichtigstes Ziel der nächsten Jahre ist es daher, die Katastrophe eines großflächigen, lange andauernden Stromausfalls zu verhindern.

Zuallererst müssen wir dazu alle vorgesehenen Kraftwerksstilllegungen – ob Kohle oder Atom – aussetzen. Anlagen, die schon heruntergefahren sind, müssen unbedingt vor der Zerstörung bewahrt werden. Anschließend muss sorgfältig geprüft werden, welche Kraftwerke zu wirtschaftlich vertretbaren Bedingungen weiterbetrieben werden können.

Mit den Eigentümern der Kraftwerke muss über den Weiterbetrieb verhandelt werden und ihnen, unter Beibehaltung des hohen deutschen Sicherheitsstandards, eine belastbare Laufzeitgarantie zugesichert werden. Die meisten Kraftwerke sind heute noch geeignet, bis zu 30 Jahre lang gewinnbringend und ohne Subventionen Strom zu produzieren. Notfalls müssen einzelne Anlagen staatlich betrieben werden.

Ergänzend zur Sicherung der vorhandenen Kraftwerke wird der Bau weniger zusätzlicher fossiler

Kraftwerke an netzkritischen Standorten notwendig sein, insbesondere in Süddeutschland. Damit diese Kraftwerke bis zum Ende des Jahrzehnts in Betrieb gehen können, sind deutliche Änderungen des Planungs- und Genehmigungsrechts notwendig. Der Planungs- und Genehmigungsprozess könnte mit plebiszitären Elementen nach dem Vorbild der Schweiz beschleunigt werden. Alle Betroffenen würden früh in den Planungsprozess eingebunden, der Rechtsfrieden würde durch Bürger- und Volksentscheide statt durch endlose Verwaltungsgerichtsverfahren gewahrt.

Auf diese Weise erhielte Deutschland seine verlässliche Stromversorgung zurück und wäre unabhängig von Stromimporten. Die Netzgebühren könnten wegen der höheren Stabilität gesenkt werden, sodass auch der Strompreis sinken würde.

Die nächsten zwanzig Jahre: Ineffiziente Energiequellen nicht weiter nutzen

Ein wichtiges mittelfristiges Ziel ist der Ausstieg aus den instabilen und ineffizienten sogenannten erneuerbaren Energien. Da ein Rechtsstaat legal erworbene Eigentumsrechte respektieren muss, wird es zwei Jahrzehnte dauern, die gewährten Subventionen auslaufen zu lassen.

Zunächst müssen deshalb alle Neusubventionen für die Stromerzeugung aus Wind, Photovoltaik und Biomasse sofort eingestellt werden. Dann müssen



Bild: PlutusART - stock.adobe.com

die Stromnetzbetreiber von der Pflicht entbunden werden, so viel volatilen Strom wie möglich ins Netz einzuspeisen. Die Stabilität des Netzes muss absoluten Vorrang haben.

Die Abschaffung dieser Fehlanreize würde die weitere Ausbreitung von Windindustrie- und Solaranlagen oder Energiepflanzen-Monokulturen sofort stoppen. Die Naturzerstörung, die Industrialisierung heimischer Kulturlandschaften und die Infraschallbelastung der Landbewohner hätte ein absehbares Ende. Tausende Quadratkilometer an beschädigtem Naturraum könnten für Naturschutzflächen zurückgewonnen werden. Jahr für Jahr würden mehr Anlagen verschwinden.

Das Ende der sogenannten erneuerbaren Energien muss durch ein sinnvolles Rückbauprogramm begleitet werden. Windindustrieanlagen sind durch riesige Betonfundamente im Boden verankert, die Rotoren bestehen aus umweltschädlichen Kunststoffen. Photovoltaikanlagen enthalten Schwermetalle. Nicht nur der Rückbau, auch die Entsorgung ist somit ein Problem, das viel Aufwand und hohe Kosten verursacht. Damit diese Kosten nicht den Steuerzahlern aufgebürdet werden, bedarf es eines verbindlichen nationalen Rücklagenfonds. Dieser muss nach dem Vorbild der nuklearen Industrie allein von den Betreibern der Anlagen gebildet werden. Das Ziel ist die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands vor dem Bau.

Rückbau und Entsorgung der sogenannten erneuerbaren Energien sollten nach 20 Jahren weitgehend abgeschlossen sein, sodass Naturräume sich von der industriellen Ausbeutung erholen können. Danach spielen schwache Umgebungsenergien bis auf die Wasserkraft nur noch eine marginale Rolle. Die Abnahme der Subventionen, Einsparungen bei der Netzinfrastruktur und den Notmaßnahmen werden für die Wirtschaft wie auch für Privathaushalte deutlich spürbar sein.

Die nächsten dreißig Jahre: Neuanfang mit Kernenergie

Nachdem die Notsituation bei der Stromversorgung abgewendet ist, die Nutzung schwacher Umgebungsenergien gestoppt und die Energiepreise gesenkt wurden, können wir in der Forschung und Entwicklung von Energietechnik neue Wege gehen – insbesondere im Bereich der Kernenergie.

Dazu muss zuerst, parallel zur Stabilisierung des Netzes und dem Rückbau der sogenannten erneuerbaren Energien, ein Forschungsprogramm initiiert werden, das Alternativen zur geologischen Endlagerung weiter untersucht. Arbeiten auf dem Weg zur effektiven Trennung nuklearer Reststoffe, insbesondere des genutzten Kernbrennstoffs, liegen als Konzept vor und müssen nur umgesetzt werden. Ein solches Programm könnte mit Bruchteilen des heutigen nuklearen Entsorgungsfonds finanziert werden.



Schon jetzt wird weltweit neue Kerntechnik entwickelt, die die Defizite aktueller Kraftwerkskonzepte überwinden kann. Deutschland muss sich an die Spitze dieser Bewegung stellen, finanziert ebenfalls aus dem nuklearen Entsorgungsfonds. Insbesondere muss die Entwicklung von Hochtemperaturreaktoren mit Flüssigbrennstoff deutlich intensiviert werden.

In den letzten beiden Jahrzehnten ist die Forschungs- und Entwicklungslandschaft im Bereich der Kernenergie fast vollständig vernichtet worden. Wir

müssen die letzten Ressourcen sichern und neue aufbauen. Dazu brauchen wir eine befristete, aber finanzstarke staatliche Förderung des nuklearen Sektors. Außerdem sollen in allen Schulformen und im Ausbildungssektor speziell die MINT-Fächer gestärkt und finanziell gefördert werden. Auf dieser Grundlage hat Deutschland gute Chancen, die verlorenen Jahre rasch aufzuholen und wieder zu einem weltweit beachteten Vorreiter in Forschung, Technik und Innovation zu werden.



Vision 2050: Zukunft mit Zuversicht

Wie könnte das Deutschland, das wir unseren Kindern hinterlassen, um das Jahr 2050 herum aussehen? Mit einer Politik, die sich auf das Notwendige und Nutzbringende für unser Land konzentriert, mit dem Mut zur Kreativität und Innovation und dem Willen zur Gestaltung lässt sich das folgende Szenario erreichen:

Die nuklearen Wertstoffe der im vergangenen Jahrzehnt abgeschalteten Leichtwasser-Reaktoren lagern an einem sicheren, aber zugänglichen Ort. Das ist wichtig, weil neue Nukleartechniken diese Stoffe praktisch vollständig recyceln. Die neuen Kernkraftwerke sind so effizient, dass sie die letzten fossilen Kraftwerke abgelöst haben. Die Energieerzeugungskosten sind so gering, dass sich neue Technologien zur Reinhaltung der Umwelt und geschlossene Recycling-Kreisläufe ohne Subventionen etabliert haben. Das Wirtschaftswachstum, das mit den geringen Stromkosten einhergeht, gewährt auch Geringverdienern ein Leben auf hohem Niveau und in materieller Sicherheit. Neue Mittel für große Investitionen werden frei, zum Beispiel für Infrastruktur, Bildung und Forschung.

Weil die neuen Kernkraftwerke neben Strom auch günstig synthetische Kraftstoffe für modernisierte Verbrennungsmotoren produzieren, ist Deutschland gegen die steigenden Ölpreise abgesichert. Internationale Abhängigkeiten gehören der Vergangenheit an. Sämtliche Verkehrsmittel laufen so schadstoffarm, dass die Luft auch in den Großstädten so sauber ist wie auf dem Land. Asthma und andere Erkrankungen der Atemwege treten immer weniger auf.

Das Schienennetz wurde neu aufgesetzt. Alle ländlichen Regionen Deutschlands sind jetzt an die großen Städte über ein eng getaktetes Hochgeschwindigkeitsnetz angebunden, das auch die Metropolen im In- und Ausland miteinander vernetzt. Größere Strecken werden über die Luft mit vielfacher Schallgeschwindigkeit zurückgelegt, mit einer bereits in den Zwanzigerjahren entwickelten Technologie. Von Deutschland erreicht man in viereinhalb Stunden Australien und die Physik erlaubt weitere Steigerungen. Neuartige Nuklearbatterien machen die Entwicklung neuer individueller Fortbewegungsmittel (senkrecht

startende Flugautos, elektrisch betriebene Ultraleichtflieger) möglich.

Was ebenso wichtig ist: Von dem Fortschritt hat auch die Natur profitiert. Effiziente Industrieprozesse nutzen Ressourcen optimal und generieren Wachstum ohne Raubbau. Neue Recyclingmethoden, die nahezu jede Art von Primärrohstoffen wiederherstellen können, minimieren die Abfälle der menschlichen Zivilisation auf einen kleinen Rest.

Der Schlüssel für all diese Revolutionen ist kostengünstige, in großen Mengen bereitstehende Energie. Energie aber ist reichlich vorhanden im Universum, der Mensch muss sie nur zu seinen Gunsten nutzen. Seine Intelligenz und Kreativität geben ihm dazu alle Möglichkeiten – wenn man seine Schaffenskraft und seine Ideen fördert. Wenn wir wollen, dass kommende Generationen in materiellem Komfort und intakter Natur leben, müssen wir jetzt die Weichen dafür stellen. Mit modernen Energietechnologien können wir zuversichtlich in unsere Zukunft blicken und im Einklang mit der Natur leben.



Bild: stock.adobe.com / © pishit

Bild: stock.adobe.com / © Fox_Dsign



Folgen Sie uns

[AfDBundestag.de](https://afdbundestag.de)

fb.com/AfDimBundestag

[@AfDimBundestag](https://twitter.com/AfDimBundestag)

[youtube.com/
AfDFraktionimBundestag](https://youtube.com/AfDFraktionimBundestag)

Herausgeber:
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
vertreten durch den Fraktionsvorstand

Kontakt:
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Arbeitskreis Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 57141
Telefax: 030 227 56349
E-Mail: buerger@afdbundestag.de

Herstellung und Redaktion:
Fraktionsverwaltung, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweis: AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag; Smartphone mit QR-Code - Adobe Stock /
© Graf-Vishenka

Stand: November 2021

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information.
Sie darf nicht zum Zweck der Parteipromotion und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.